

# Volksstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Bestellungen und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Abonnementspreis monatlich frei Haus 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.), durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zusendung des roten Sterns) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Alt. / Geschäftsstelle u. Expedition: Schillingstraße 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfach Dresden Nr. 18 690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Redaktion: Dresden-Alt. / Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Almt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiter-Zeitung Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

3. Jahrgang Dienstag, den 2. August 1927 Nummer 178

## Die Toten mahnen! Erhalten unsere Täler Hochwasserichuh?

Von Siegfried Kibel, M. d. R.

Pirna, am 1. August 1927.

Nachdem nun bereits vergangen ist jener Feindesnacht vom 8. zum 9. Juli, da in den Tälern der Gottleuba und Müglitz ungeheure Wassermassen ihr Sammelungsgebiet vollbrachten.

Erschienen dort, wo sich früher die saftigen Wiesen der Täler ausbreiteten, Felsblöcke gigantisch durcheinandergeworfen, zerstückelte Gebäude, leer gähnende Felsenklüfte in den Ortshäusern. Das ist die schauerliche Wüstung des Todes, den das ungeheuerliche Element nahm, Tod und Vernichtung bringend.

Siehe Menschen aus der Großstadt, die Erholung nach den Tälern durchwanderten, mag erst jetzt zum Bewusstsein kommen, was es für die Bewohner derselben bedeutet, wenn über den Bergen die Gewitter sich ausbreiten und die harmlos anmutenden Täler zu reißenden Flüssen anschwellen.

Die Bewohner solcher Gebiete kennen die Gefahren. Sie wurde schon das Ergebnis langjähriger Mühe und Arbeit in wenigen Minuten zerstört. Seit der Hochflut im Jahre 1897 waren es vor allem die im Sommer des vorigen Jahres mehrfach sich wiederholenden Überschwemmungen, die deutlich genug zeigten, wie groß die Gefahren werden können. Trotz alledem blieben die verantwortlichen Stellen (Reichs- und Landesregierung) blind und taub, den dringenden Forderungen gegenüber, die die Errichtung von Hochwasserichuhanlagen verlangten.

Leider ist es schon der Kampf um die Errichtung einer Talsperre im Gottleubatal, weil die Bevölkerung seit altersher die schlimmsten Erfahrungen mit ihrem heimatischen Gewässer machen mußte. Im Jahre 1897 war der große Überschwemmung im Jahre 1897, im Jahre 1892, wurde die Errichtung einer Talsperre im Gottleubatal gefordert. Soweit sich feststellen ließ, wurde auch einige Jahre hindurch ein diesbezüglicher Plan erörtert, die Verwirklichung scheiterte aber an der Kostenfrage.

Entscheidend ist, daß nach der Katastrophe vom Jahre 1927, die, wenn auch keine größeren Verluste an Menschenleben, so doch einen ungeheuren Materialschaden verursachte, erneut die Forderungen nach dem Bau der Talsperre erhoben wurden. Die Natur hatte wiederum die Menschen demonstriert, die unter Umständen dem Leben und Vermögen drohten, wenn die Gewalt des Wassers nicht durch die Talsperre gebremst würde, doch vergebens blieb der Ruf der gefährdeten Bevölkerung nach Schutz vor Wasser.

Die aus Verbrechen hergehende Verantwortung der Regierung zeigt sich, wenn man nicht zuletzt um der geschichtlichen Wahrheit willen, die Verhältnisse des Bürgermeisters Hofebeck von Gottleuba beachtet wird. Kaiflos hat der Mann jahrelang für die Errichtung der Talsperre gekämpft. Noch im Sommer 1918 wurde von ihm in einer Denkschrift die Notwendigkeit einer Talsperre bewiesen, die neben dem Hochwasserichuh ein Wasserreservoir für die Wasserversorgung werden sollte. Fitz und fertig, von der Regierung abgelehnt, lag das Projekt. Die Verhinderung der Ausführung durch die Verweigerung der Mittel töteten 150 unschuldige Menschen mit ihrem Leben und tausende andere mit Hab und Gut bezahlten.

In jetziger Zeit, wo das zerstörte Gebiet und die Toten die Mahnung bilden, kann es nur zur Vermeidung dieser Anlage dienen, wenn hier die vom Reichs- und Landesregierung abgelehnten Forderungen der kommunistischen Forderungsbewegung finden.

In Verbindung mit der Bekämpfung der Erwerbslosigkeit fordern wir in Anbetracht der vorjährigen Hochflut im Reichstag, die sofortige Ausführung von Maßnahmen, die in Zukunft die Hochwassergefahr verringern (Beseitigung und Ausbau von Talsperren, Flußregulierung, Errichtung und Ausbau von Dämmen). Der Antrag wurde von mir am 12. Juli 1926 in der Sitzung des Reichstages begründet, und es war selbstverständlich, daß die Hochwassergefahr in meinem Heimatgebiet hier besonders Berücksichtigung fanden. Über meine damaligen Ausführungen finden sich in dem fängemäßig abgedruckten Sitzungsprotokoll folgende Sätze:

In dem vom Hochwasser immer wieder betroffenen Sächsischen und beispielsweise Sachsen, Württemberg, Baden, überflutet in allen Ländern mit gebirgigen Gegenden, geht in den Wassergaranten schon sehr lange der Kampf um den Bau von Talsperren, Flußregulierungen usw. So ist beispielsweise in Sachsen schon lange die Errichtung einer Talsperre im Gottleuba verlangt worden, weil das Gottleuba ein besonders reiches Gebiet durchfließt. Dieser Reichs- und Landesregierung aber nur entsprechende Pläne aufgestellt, es sei nicht an ihre Durchführung gedacht worden. Diese sei nur unter Hinweis auf die Finanzlage des Landes

des verhindert worden. Nun sei zum dritten Male in diesem Jahre durch Hochwasser, insbesondere bei den kleinen Anliegern, ungeheurer Schaden angerichtet worden. Dieses Jahr (1926) habe also erneut bewiesen, wie dringend notwendig hier eine Talsperre ist.

Trotz dieser dringlichen Begründung wurde der Antrag mit der bei den Regierungen und den Regierungsparlamenten zur Gewohnheit gewordenen Bemerkung, „daß keine Mittel vorhanden seien“, abgelehnt. Ja, die Regierungen und die Regierungen haben hier die Unterstützung des Reichstages der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Hermann Müller, Reichstagspräsident a. D., der sich die Bemerkung erlaubte: „der kommunistische Antrag ist wohl und gut, den man unbezogen ablehnen muß“; die sozialdemokratische Fraktion stimmte dann auch mit den Regierungen gegen den Antrag.

Für den Schutz der Gebirgsbevölkerung vor Wassergefahr war also kein Geld vorhanden, nur selbst Zeit wurde jedoch der sogenannte „Hochwasserichuh“, die große Kautschukmütze an der Eifel, mit einem Aufwand von vielen Millionen gehaut.

So brach nun am 8. Juli dieses Jahres das furchtbare Unglück herein, das man jahrelang hindurch nicht allein geahnt, sondern als sicher eintretendes Ereignis vorausgesehen hatte, wenn nicht entsprechende Schutzmaßnahmen getroffen würden. Wie eine Warnung in letzter Stunde wurden uns heute die Forderungen der kommunistischen Reichstagsfraktion vom vorigen Jahre an.

Keiner der Kämpfer um den Hochwasserichuh im Gottleubatal wird eine so furchtbare Betätigung seiner Befürchtungen vorausgesehen haben, und doch war bei den

eigenartigen Wetterverhältnissen der letzten Jahre damit zu rechnen. Wir sind davon überzeugt, daß es heute auch außerhalb unserer Reihen Leute gibt, die mit bitterer Betrachtung auf die Flut von schwebeligen Beileidsstundungen herabschauen, die der Katastrophe folgte; dies um so mehr, als schon wenige Tage nach der Katastrophe die Angst um den Staatspräsidenten den Repräsentanten der verantwortlichen Stelle, den sächsischen Ministerpräsidenten, erneut zu einer ablehnenden Haltung in der Talsperrenfrage trieb.

Selbst in der bürgerlichen Presse wurde, wenn auch vorsichtig, die Schuldfrage erörtert. Die sehr vorsichtigen Feststellungen dieser Presse sind jedoch im Grunde genommen eine vollständige Bejahung der Schuldfrage, wie wir sie bereits ganz offen stellten. Die Verantwortlichen verteidigen sich in einer Weise, die erkennen läßt, daß auch die Lehre vom 8. Juli an der bisherigen Haltung der Regierungen nichts ändern wird. Von der lächerlichen Behauptung, daß auch eine Talsperre die Katastrophe nicht verhindern hätte, bis auf den Hinweis, daß die Forderung nach Schutzanlagen aus finanziellen Gründen nicht erfüllbar sei, werden alle jene Argumente wiederholt, mit denen von jeher die Errichtung der geforderten Talsperren abgelehnt wurde.

Diesem Verhalten gegenüber muß jetzt die Bevölkerung der gefährdeten Täler energisch Stellung nehmen. Die Verantwortlichen ganz Deutschlands müssen die von der Katastrophe schwer heimgeleitete Bevölkerung im Kampfe um ausreichenden Schutz vor einer Wiederholung der Katastrophe unterstützen. Was die moderne Technik an Sicherungen schaffen kann, das muß geschaffen werden, um die zu 99 Prozent werklätige Bevölkerung des Katastrophengebietes in Zukunft vor dem qualvollen Tode zu bewahren, den am 8. Juli 150 Menschen in den ungebändigten Fluten fanden. Alle Beruhigungsmaschinen der Reichs- und Landesregierung müssen durchkreuzt werden, es darf nicht mehr alles beim Alten bleiben, wenn über den Massengräbern der Toten vom 8. Juli das Gras gewachsen ist.

## Die Wettüftung zur See

Bankrott der Genfer Abrüstungskonferenz — Der Rüstungskampf zwischen dem englischen und amerikanischen Imperialismus — Steigerung der Gefahren des Krieges gegen die Sowjetunion

Chamberlain sprach im Unterhaus über die Errüstungskonferenz in Genf und legte den englischen Standpunkt nochmals dar:

Der Grundgedanke der Konferenz, der auf der Washingtoner Konferenz für die Großkampfschiffe festgelegt wurde, wußte England nur auf die mit achtzähligen Geschützen bewaffneten 10.000-Tonnen-Kreuzer auszuweichen. Die Anzahl dieser großen Kreuzer soll dabei möglichst niedrig — je 12 für jedes Land — festgelegt werden. Dagegen soll der Grundgedanke für Vorrat nicht auf die kleinen Kreuzer ausgedehnt werden. England will selbst entscheiden, wieviel kleine Kreuzer es bauen wird. Festgelegt werden soll aber der Höchstumfang eines kleinen Kreuzers. Dieser darf 7500 Tonnen nicht überschreiten. Ebenso soll auf Grund der englischen Vorschläge ein solcher Kreuzer nur mit sechs- und nicht, wie es die Amerikaner wollen, mit achtzähligen Geschützen ausgerüstet werden.

Diese Erklärungen Chamberlains bedeuten, daß England nicht geneigt ist, den Forderungen der Amerikaner entgegenzukommen. Das hat der englische Außenminister mit aller Deutlichkeit ausgesprochen, als er ausführte: Jeder andere Weg würde unausweichlich als ein formales Aufgeben der maritimen Gleichheit durch das britische Weltreich ausgelegt werden. Ein Festhalten an dem von Chamberlain entwickelten Programm bedeutet aber auch ein Aufgeben der Gleichheit eines offenen Bruch in der Weise vermeiden, daß sie den Vorschlag machen, die englische Auslieferung über die entscheidenden Kreuzerfragen auf eine nächste Konferenz zu verschieben. Das wäre die zeitweilige Vereinbarung, von der Chamberlain in seiner Unterhausrede gesprochen hat.

Die Zuspikung des englisch-amerikanischen Rüstungskampfes erfordert nächst dem Petroleumkrieg die größte Aufmerksamkeit.

### Die englische Kriegsgehe

Die russischen Emigranten sollen bewaffnet werden

Eine weiße Armee gegen die Sowjets

Berlin, 2. August. (Eig. Drahtmeldung.)

Die englische Bourgeoisie legt in unerschütterter Weise ihre Kriegsgehe gegen die Sowjetunion fort. Der bekannte englische Schriftsteller Gilbert Frankau macht neuerdings in der englischen Presse den Vorschlag, vom Völkerbund die Zustimmung zu erlangen, eine Bewaffnung der russischen Emigranten herbeizuführen, ihnen eine Armee von Berufssozialisten, für die sich die Reichsten in allen Ländern werden werden, beizugeben und dieser Armee den Kampf gegen Rußland zu gestatten, um den Bolschewismus mit Sturm und Stil auszuwischen. Es sei die Pflicht der ganzen bürgerlichen Welt, den Kampf gegen die Sowjetunion aufzunehmen.

Samkeit der Arbeiterschaft. Nicht nur die allgemeine Kriegsgehe wird verstärkt — der Krieg gegen die Sowjetunion erscheint dem Imperialismus als einziger Ausweg aus ihren Schwierigkeiten.

Die Amerikaner weisen die englischen Vorschläge aus folgenden Gründen zurück: Sie wollen viele große Kreuzer bauen. Diese Kreuzer haben einen großen Aktionsradius, und nur diese können die Amerikaner infolge ihres Mangels an Flottenstützpunkten in der Welt für offensive Zwecke verwenden. England wiederum verfügt über zahlreichere, über die ganze Welt verstreute Flottenstützpunkte. Hier können kleine Kreuzer bequem Brennstoff — und anderes Material — aufnehmen. Auf diese Weise sichern sich auch die kleinen Kreuzer den großen Aktionsradius, so daß auch die kleinen Kreuzer Englands, im Gegensatz zu den amerikanischen, zu Offensivzwecken verwendet werden können. Voraussetzung natürlich ist, daß die kleinen Kreuzer nicht allzuviel große Kreuzer als Gegner zu fürchten haben. Daher schlägt England eine möglichst niedrig bemessene Quote an großen Kreuzern für beide Staaten vor.

Auch eine Beschränkung auf sechs- und achtzählige Geschütze wird von den Amerikanern zurückgewiesen. Dies würde nämlich die Engländer instand setzen, im Kriegsfall keine zahlreichen schnellen Handelsschiffe mit solchen Geschützen zu bewaffnen und zu vollwertigen Kreuzern zu machen. Die Amerikaner besitzen nicht annähernd soviel schnelle Handelsschiffe wie England, die bei einer Bewaffnung mit sechs- und achtzähligen Geschützen leicht zu Kreuzern umgewandelt werden können. Daher ihr Widerstand gegen diesen englischen Vorschlag.

Wird die Zahl der großen Kreuzer für beide Staaten möglichst heraufgeleitet, so liegt der Vorteil der amerikanischen Flotte klar auf der Hand. Denn nur mit großen Kreuzern, da diese einen großen Aktionsradius besitzen, können die Vereinigten Staaten gegen England offen vorgehen, nur diese kommen wegen der großen Distanzen, die in einem Seekrieg zwischen den Vereinigten Staaten und England zu überwinden sein werden, in Betracht. Je größer die Zahl dieser großen Kreuzer ist, um so größere Offensivmöglichkeiten haben sich die Amerikaner gesichert. Dabei erringen die Amerikaner auch bei gleichen Quoten faktisch eine Übermacht. Denn in einem Seekrieg haben die Vereinigten Staaten im Gegensatz zu England nicht über die ganze Welt verstreute Gebiete zu verteidigen. Sie haben dann ihre gesamte Flotte in einem viel stärkeren Maße konzentriert als England. Sie haben sich in der Verteidigung im großen ganzen nur auf den Küstenschutz der Vereinigten Staaten zu beschränken. Ein solcher Küstenschutz ist aber leichter zu bewerkstelligen, als etwa der Schutz so riesig ausgedehnter Handels- und Zufuhrstraßen, der England in einem Seekrieg als Aufgabe erwächst. Überdies haben die